

18.10.95**Empfehlungen
der Ausschüsse****Wi**zu **Punkt** der 690. Sitzung des Bundesrates am 03. November 1995

Entschließung des Bundesrates zu einer Novellierung des Gesetzes
gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Der Wirtschaftsausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, die Entschließung nach Maßgabe nachstehender
Änderungen zu fassen:

1. Zu Nummer 1 Satz 5

In Nummer 1 ist der Satz 5 durch folgende Sätze zu ersetzen:

"Der Prozeß der Abstimmung des deutschen Kartellrechts mit dem europi-
schen Wettbewerbsrecht darf jedoch nicht einseitig gerichtet ablaufen. Eine
sinnvolle Harmonisierung kann nicht durch unbeschene Übernahme des eu-
ropäischen Wettbewerbsrechts, sondern nur durch eine parallele Weiter-
entwicklung beider Wettbewerbsordnungen zu einem abgestimmten und
verbesserten System des Schutzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erreicht
werden. Daher dürfen deutsche Regelungen, die sich als sinnvoll erwiesen
haben, nicht ersatzlos aufgegeben werden. Die Bundesregierung sollte vielmehr
im Interesse einer wirkungsvollen Wettbewerbspolitik gleichzeitig auch auf
eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts hinwirken. Die
Harmonisierungsbemühungen müssen schließlich auch die Praxis des
Wettbewerbsschutzes in der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten
erfassen."

Ausgeliefert am 18. OKT. 1995

2. Zu Nummer 2 Satz 2 bis 4

In Nummer 2 sind die Sätze 2 bis 4 durch folgende Sätze zu ersetzen:

"Im deutschen Recht sollten insbesondere die Fusionskontrollvorschriften einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Zugleich erscheinen aber auch Verbesserungen des europäischen Wettbewerbsrechts erforderlich:

- a) Für vertikale Wettbewerbsbeschränkungen sollte eine übergreifende Freistellungsregelung nach Artikel 85 Abs. 3 EG-Vertrag, vergleichbar der Regelung der Mißbrauchsaufsicht in § 18 GWB in Betracht gezogen werden, soweit das mit der Gewährleistung von wirksamem Wettbewerb vereinbar ist.
- b) Das Subsidiaritätsprinzip und das Interesse an einem schnellen und wirkungsvollen Vollzug erfordern eine möglichst dezentrale Anwendung des europäischen Kartellrechts durch wirksame Einbeziehung der nationalen Kartellbehörden in den Vollzug sowohl des Kartellverbots als auch der Zusammenschlußkontrolle, wenn der wettbewerbliche Schwerpunkt eindeutig in einem Mitgliedstaat liegt. Hierzu bedarf es der Übertragung der Freistellungsbefugnis nach Artikel 85 Abs. 3 EG-Vertrag und Änderungen in der EG-Fusionskontrollverordnung.
- c) Durch die Errichtung eines unabhängigen Europäischen Kartellamts sollte sichergestellt werden, daß sich der Wettbewerbsschutz künftig auch auf EU-Ebene ausschließlich an wettbewerblichen Kriterien orientiert."

3. Zu Nummer 3 Satz 2

In Nummer 3 ist Satz 2 wie folgt zu fassen:

"Ziel muß die Schaffung von möglichst wirksamem Wettbewerb durch das Zusammenwirken nationalen und europäischen Wettbewerbsrechts sein."

4. Zu Nummer 3 Satz 3

In Nummer 3 ist Satz 3 zu streichen.